

WIE'S DIE ANDEREN MACHEN

Die Tagungen der englischen Arbeiterorganisationen

Wie immer zu Beginn des Herbstes tagten auch in diesem Jahr die Massenorganisationen der englischen Arbeitnehmerschaft; in Brighton die im TUC zusammengeschlossenen 8 Millionen Gewerkschafter — organisiert in 184 Verbänden —, in Scarborough die 6 Millionen Mitglieder starke Labour Party, von denen 5 Millionen durch ihre Gewerkschaftsorganisationen der Partei angeschlossen sind. Da bis zu den nächsten Jahreskongressen mit großer Wahrscheinlichkeit die Neuwahlen zum Unterhaus stattgefunden haben, hätte man wohl erwarten können, daß die programmatischen und kritischen Aussprachen vor allem der Vorbereitung auf die kommende Wahlzeit dienen. Dem war nicht so. Beide Tagungen standen vielmehr im Zeichen der Außenpolitik — genauer, im Zeichen der Meinungsverschiedenheiten über den außenpolitischen Kurs innerhalb der beiden Arbeiterorganisationen, der nun schon im dritten Jahr so heftig diskutiert wird.

Die Stellungnahme zum *deutschen Wehrbeitrag* wurde beinahe zu einer Kraftprobe, sowohl in Brighton wie in Scarborough, dramatisch ge-

steigert durch die Tatsache, daß der Gewerkschaftskongreß kurz nach dem Scheitern der EVG stattfand und der Labour-Parteitag gleichzeitig mit der Londoner Außenministerkonferenz tagte. Bei der organisatorischen Verflechtung von Labour Party und TUC war vor auszusehen, daß das Kräfteverhältnis in beiden Organisationen ungefähr gleich sein mußte. Die Führung — hier die Parteileitung, dort der Generalrat — unterstützte mit entscheidender Mehrheit die überparteiliche Außenpolitik, die von dem verstorbenen *Bevin* und von *Attlee* eingeleitet und von *Churchill* und *Eden* fortgeführt wurde, während es immer bis zum letzten Moment fraglich blieb, ob auch die Mehrheit der durch die Delegierten vertretenen Mitglieder die Politik zugunsten des deutschen Militärbeitrages mitmachen würde.

Nachdem zunächst in Brighton die Resolution des Generalrats nur mit einer Mehrheit von 400 000 Stimmen — von insgesamt 7,7 Millionen abgegebenen — angenommen worden war, stand das Ergebnis auf dem Parteitag auf des Messers Schneide, vor allem weil in den Reihen der einen Million Einzelmitglieder, die dort neben den gewerkschaftlichen Stimmen vertreten waren, die Mehrheit Gegner jeder Form einer deutschen Aufrüstung war. Dennoch siegte auch in Scarborough der Vorstand, vor allem weil er im letzten Augenblick eine Dring-

lichkeitsresolution einbrachte, die — von Attlee erläutert, von Morrison unterstützt — der veränderten Situation nach dem Ende der EVG sehr geschickt Rechnung trug. „Der deutsche Militärbeitrag“, heißt es da, „muß in Übereinstimmung mit den Grundsätzen erfolgen, die die Vereinten Nationen für die Organisation der kollektiven Sicherheit aufgestellt haben — in einer Form, die das Wiederentstehen des deutschen Militarismus ausschließt.“ Vor allem aber soll die ganze Frage mit den anderen sozialdemokratischen Organisationen in Westeuropa besprochen werden, um eine gemeinsame Politik in der Deutschlandfrage zu finden, die sich auch weiter bemühen soll, die Sowjetunion zur Zustimmung zu der Wiedervereinigung auf Grund freier Wahlen zu bewegen.

Nicht weniger als 56 lokale Parteiorganisationen und Gewerkschaften hatten Resolutionen gegen jede Art von deutschem Militär eingebracht; sie einigten sich aber auf eine gemeinsame Protestresolution, die der Vorsitzende des Verbandes der Gießereiarbeiter — unterstützt von einem der großen Gesamtverbände, dem Verband der Arbeiter und Angestellten des Verteilungs- und Einzelhandelsgewerbes — eingebracht hatte. Die Resolution der Parteiführung wurde schließlich doch mit einer Majorität von nur 248 000 Stimmen angenommen — bei 5,3 Millionen abgegebenen. Zweifellos hätte der Vorstand eine Niederlage erlitten, wenn nicht der Holzarbeiterverband, der sich noch zwei Wochen früher gegen den deutschen Rüstungsbeitrag aussprach, im letzten Augenblick die Stellung gewechselt hätte.

Auch in der Frage des Südostasiatischen Sicherheitspaktes gab es eine ähnliche Meinungsverschiedenheit. Doch hier war der Sieg des Parteivorstandes sehr viel eindrucksvoller. Zwei Resolutionen, die sich gegen diesen Pakt wandten, wurden mit Mehrheiten von 1,2 bzw. 3 Millionen abgelehnt. Von den großen Gesamtverbänden stimmten die Berg- und die Transportarbeiter immer mit dem Vorstand. In diesen Debatten wurde die Opposition oft von Anhängern *Bevans* geführt. Das entsprach natürlich dessen Kampf gegen die Parteiführung *Attlee—Morrison—Gaitskell*, der ja nun schon seit Jahren in Partei und Gewerkschaft herrscht. Er hat auf Partei- und Gewerkschaftstagungen in der Deutschlandfrage gewiß manche auf seiner Seite, die ihm in anderen Fragen aber keineswegs folgen. Das bewies sehr deutlich die Wahl zum Schatzmeister der Partei, ein Posten, der automatisch mit einem Sitz in der Exekutive verbunden ist. *Bevan* hatte sich darum beworben und damit auf den sicheren Sitz verzichtet, den er bisher als Vertreter lokaler Parteiorganisationen innehatte. Sein Gegenkandidat war sein Antipode *Hugh Gaitskell*, der mit 4,3 Millionen Stimmen doppelt so viel wie *Bevan* bekam. Damit ist *Bevan*, der ja auch den Sitz im Vorstand der Unterhausfraktion unter Protest aufgegeben hatte, aus den Führungsgremien aus-

geschieden. Er hat damit freilich größere Beweglichkeit für seine Oppositionstätigkeit gewonnen, da er in seiner Agitation nicht mehr an die Beschlüsse des Vorstandes gebunden ist.

Wie schon auf dem TUC-Kongreß so wurden auch auf dem Parteitag die Senkung des Lebensstandards und die Einbrüche in den „Weifare State“ angegriffen, die durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen Regierung eingetreten sind, nicht zuletzt durch den Abbau mancher Kontrollen und anderer planwirtschaftlicher Maßnahmen und durch die Reprivatisierungen. Diese Schritte können gefährliche Folgen haben, wenn die jetzt noch herrschende Hochkonjunktur abflaut und die für den Export so günstige Preisrelation — niedrige Rohstoffpreise, höhere Preise für industrielle Fertigwaren — wieder umschlagen sollte. Die finanzwirtschaftlichen Erfolge des Schatzkanzlers *Butler* sind ja im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß — verglichen mit den letzten Jahren vor dem Regierungswechsel — an den Preisen für Importgüter im vergangenen Jahr über 7 Milliarden Mark gespart wurden.

Die Sozialisierung der reprivatisierten Wirtschaftszweige — Eisen, Stahl und Straßengüterverkehr — wird von der nächsten Labourregierung wieder durchgeführt werden. Als weitere sozialisierungsreife Wirtschaftszweige wurden auf dem Parteitag die Flugzeugindustrie, auf dem TUC-Kongreß Zweige der Chemischen Industrie, der Maschinenbauindustrie und der Bauwirtschaft genannt. *Bernhard Reichenbach*

Wirtschaftspolitik in Schweden

Das wirtschaftspolitische Programm der nach dem Kriege zunächst rein sozialdemokratisch, dann in Koalition mit der Bauernpartei gebildeten schwedischen Regierung liegt auf der gleichen Linie wie das Nachkriegsprogramm des schwedischen Gewerkschaftsbundes: Erhaltung der Vollbeschäftigung, Erweiterung der wirtschaftlichen Demokratie, Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards, Ausbau der Sozialreformen zum Zwecke wachsenden sozialen Ausgleichs. Dieses Programm hat natürlich eine stete Steigerung der Produktivität der Arbeit zur Voraussetzung. Es kann angesichts der weltwirtschaftlichen Verflochtenheiten vom Weltmarkt her mehr oder minder stark bedroht werden. Die Schweden sind jedoch mit solchen Schwierigkeiten, auch als sie 1947 besonders groß waren, fertig geworden. *Ernst Wigfors*, von 1932 bis 1949 Finanzminister, heute im Ruhestand, hat im dritten Band seiner kürzlich erschienenen Lebenserinnerungen ausführlich über die Nachkriegserscheinungen und -maßnahmen berichtet (Minnen III, 1932—1949, Stockholm 1954).

Die Experten aller schwedischen Parteien hatten damit gerechnet, daß nach Beendigung des Weltkrieges auf Grund der vorhandenen

Läger und der Freiwerdung der Handelswege eine allgemeine Preissenkung zu erwarten sei. Hierauf — und auf eine demokratischere Atmosphäre als z. B. in Deutschland — mag zurückzuführen sein, daß auch die bürgerlichen Parteien wesentlichen Sozialreformen, darunter dem Ausbau der allgemeinen staatlichen Altersversorgung und der Einführung eines allgemeinen staatlichen Kinderbeitrages (ab 1. Kind) mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1948 ab, zustimmten. Auch das Ziel der Erhaltung der Vollbeschäftigung mit staatlichen, konjunkturbeeinflussenden Mitteln oder z. B. auch eine weitgehende Übertragung des Wohnungsbaus an die Gemeinden waren 1945/46 in Schweden so gut wie unbestritten. Die bürgerlichen Parteien willigten auch ein, als 1946 der größte Teil der Staatsangestellten durch Gehaltserhöhungen wieder auf den — inzwischen verlorenen — Reallohnstand des Vorkriegsjahres zurückgebracht wurde. Zu scharfen Auseinandersetzungen aber kam es in der Frage allgemeiner Lohnerhöhungen und hinsichtlich der Steuerpolitik.

Während des Krieges (1942) waren ein Preis- und ein Lohnstopp eingeführt worden. Doch überstieg bei Kriegsende die vorhandene Kaufkraft das Warenangebot. Die Arbeitnehmer gaben sich nicht mehr zufrieden mit einer — noch mehrere Jahre hindurch wirksamen — Koppelung ihrer Löhne an die Preise, sondern forderten erst einmal die Kompensation der im Kriege von ihnen hingenommenen Reallohnsenkungen. Als sich bei steigender Produktion besonders hohe Unternehmergewinne ergaben, forderten sie auch weitergehende Lohnerhöhungen und erreichten sie in fast allen Fällen auf dem Verhandlungswege. Die Unternehmer wollten offensichtlich die günstigen Absatzchancen nicht durch Streiks gefährdet sehen. Die Regierung war unter diesen Verhältnissen nicht bereit, einen gesetzlichen Lohnstopp vorzuschlagen, wie das verschiedene Experten der „freien Marktwirtschaft“ unter Hinweis auf eine Inflationskatastrophe forderten. Sie erklärte vielmehr, daß für Lohnerhöhungen genügend Spielraum sei. Allerdings meint Wigfors rückschauend, daß er selbst und andere Regierungsmitglieder doch ein weniger hohes Maß von Lohnerhöhungen gewünscht hätten, da sich inzwischen vom Weltmarkt her eine Teuerungswelle und Valutaschwierigkeiten anbahnten. Es sei aber erst 1949 gelungen, die Gewerkschaften für eine Verlängerung der Lohnabkommen mit nur kleineren Korrekturen für Einzelgruppen zu gewinnen. 1949 habe die Einkommenserhöhung für den Durchschnitt aller Arbeitnehmer gegenüber 1944/45 etwa 30 vH betragen.

Obwohl, von Amerika ausgehend, besonders 1947 die Teuerung auf dem Weltmarkt rapide zunahm und Schweden auf einen starken Import angewiesen ist, konnten die Lebenshal-

tungskosten relativ stabil gehalten werden. Sie lagen 1949 nur etwa 10 vH über dem Stand von 1939.

Im Sommer 1946 wurde der Wert der Krone erhöht bzw. der Wert des Dollars von 4,20 auf 3,60 Kronen gesenkt. Um erhöhte Auslandspreise sich weder in den Import- noch Exportpreisen niederschlagen zu lassen, wurde eine scharfe staatliche Importregulierung durchgeführt. Für bestimmte, unbedingt benötigte Importwaren wurden staatliche Subventionen gezahlt, um deren Preise möglichst stabil zu halten. Die Kriegsrationierungen wurden nur sehr langsam abgebaut. Die staatliche Preisüberwachung wurde 1947/48 besonders scharf gehalten. Das Preiskontrollamt erließ, auf gesetzliche Vollmachten gestützt, fest umrissene Vorschriften, darunter auch bezüglich der Handelsspannen, für bestimmte Waren. Als die Inflationsgefahr zunahm, wurde die Kontrolle der sehr lebhaften, die Inflation mitverursachenden privaten Investitionen verschärft. Besonderes Gewicht wurde auf die staatliche Regulierung der Bautätigkeit gelegt. Die Kreditgewährung wurde begrenzt bzw. wurden Kredite vor allem dorthin gelenkt, wo sie volkswirtschaftlich besonders dringlich waren.

Auf finanzpolitischem Gebiet waren sich die Parteien bei Kriegsschluß einig über die Abschaffung der besonderen Kriegssteuer sowie der Umsatzsteuer (!) und über eine Senkung der im Kriege erhöhten Einkommensteuer. Aber die Regierung war entschlossen, die obersten Einkommenbezieher auch weiterhin scharf heranzuziehen. Weiter suchte sie einen gewissen Ausgleich zu schaffen durch die Erhöhung der Körperschaft-, Vermögen- und Erbschaftsteuer. Auch eine besondere Gewinnbesteuerung wurde eine Zeitlang durchgeführt. Als Wigfors 1948 noch immer mit Valutaschwierigkeiten und einer Inflationsgefahr rechnete, wurden die Verbrauchssteuern erhöht. Die letztere Tendenz ergab sich auch daraus, daß in Schweden nicht nur Vollbeschäftigung, sondern eine sogenannte Oberbeschäftigung — Mangel an Arbeitskräften in wichtigen Wirtschaftszweigen — herrschte. Wigfors wollte ein überbilanziertes Budget erreichen, um gegenüber kommenden schwierigen Situationen gewappnet zu sein. Dies alles ergab heftigste Auseinandersetzungen, wurde aber von der Reichstagsmehrheit gebilligt.

1949, als die schwedische Zahlungsbilanz zum ersten Male wieder aktiv geworden war, trat auch auf dem Weltmarkt eine Stabilisierung ein. So konnte der von der bürgerlichen Seite so viel bekämpfte Finanzminister seinem Nachfolger, dem Sozialdemokraten *Sköld*, eine ausgeglichene schwedische Wirtschaft übergeben. Die Produktion und Produktivität war trotz dieser „Zwangsmaßnahmen“ gewaltig gestiegen, die Demokratie und die Freiheit des einzelnen Menschen hatten nicht darunter gelitten.

Irmgard Enderle